

Neues Deutschland

ND vom 20.10.01

[Druckausgabe](#)

Zwangsarbeit: **Italien empört über Aussortieren** Bundesregierung schließt Opfer per Richtlinie aus

Von Claus Dümde

Empörung hat in Italien ausgelöst, dass nach dem Ausschluss von rund 90000 überlebenden italienischen Militärinternierten (IMI) von Leistungen aus der Bundesstiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« nun auch für zivile Zwangsarbeiter »extrem selektive Kriterien« festgelegt worden sind.

Der Vorstand der Stiftung hatte den Mitgliedern des Kuratoriums zu dessen jüngster Tagung in der vorigen Woche ein entsprechendes Papier vorgelegt. »Zur Kenntnisnahme«, wie Pressesprecher Kai Hennig auf ND-Nachfrage betonte. Da es inhaltlich mit dem Finanzministerium als Rechtsaufsicht der Stiftung abgestimmt sei, handele es sich um eine verbindliche Auslegung des Gesetzes, an der auch das Kuratorium nicht rütteln könne. Danach haben Zwangsarbeiter aus Westeuropa nur dann Anspruch auf eine Einmalzahlung, wenn sie in einem KZ oder unter vergleichbar schweren Haftbedingungen eingesperrt waren.

Wie dies in Italien aufgenommen wird, zeigt eine E-Mail des Verlegers Manfred H. Teupen an jene Bundestagsabgeordneten, die Kuratoriumsmitglieder sind. »Nach den IMI sortiert man, wie zu erwarten, nun auch die Zivilarbeiter aus. Bekanntlich hat das Aussortieren in Deutschland eine Tradition: Rampenmentalität. Der zwischen moralischem Anspruch und Anwendung des Stiftungsgesetzes klaffende Abgrund ist nicht nur beschämend, er ist schlichtweg widerlich, zum Kotzen.«

Prof. Enzo Orlanducci, Präsident des Koordinationsbüros italienischer Opferverbände für Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter, dem vorige Woche verwehrt worden war, im Stiftungskuratorium zu reden, wurde von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mitgeteilt, dass Grundvoraussetzung für Leistungen der Stiftung an Westeuropäer ein durch offizielle Dokumente zu erbringender Nachweis eines Aufenthaltes in einem der o. g. Lager ist. Eine erste Überprüfung der bei der IOM eingegangenen Anträge ergibt, dass die Zahl italienischer Zivilarbeiter, die diese Voraussetzung erfüllen, extrem gering ist. Prof. Orlanducci bewertet die Richtlinie als »absurdes, ungerechtfertigtes und beleidigendes Verhalten« seitens der Bundesregierung, der Stiftung und der IOM. »Die italienischen Internierten und das gesamte Land sind mehr denn je verraten, verachtet, vergessen und verschaukelt worden«, betont er. **(ND 20.10.01)**

© ND GmbH 2001 - Der Inhalt dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt. Die Nachrichten sind nur für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form von gewerblicher Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte - auch in Teilen oder in überarbeiteter Form - ohne Zustimmung der Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH sind untersagt.

Kontakt zur Redaktion redaktion@nd-online.de